

Kurzberichte

Neue Kreditunternehmungen in Österreich

In den Jahren 1957 und 1958 wurden zwei neuartige Kreditinstitute gegründet: die *Österreichische Investitionskredit A. G.* und die *Österreichische Kommunalkredit A. G.* Beide Institute sind Investitionsbanken, die langfristige Kredite — die eine an die Industrie und die andere an Gemeinden zur Erschließung von Industriegelände — gewähren

Spezialbanken für Investitionskredite gab es bisher in Österreich nicht. Der vorherrschende Bankentyp ist eine Mischung von Kommerzbank und Investitionsbank. Die Institute pflegen das laufende Bankgeschäft und beteiligen sich gleichzeitig an der Gründung und Finanzierung von Unternehmungen. Sie gewähren jedoch im allgemeinen keine langfristigen Kredite an Industrieunternehmungen außerhalb ihrer Interessensphäre. (Nur Konzernbetriebe wurden vor allem in den Nachkriegsjahren vielfach zu günstigen Bedingungen mit Investitionskapital versorgt.) Hypothekenanstalten und Sparkassen sind zwar auf das langfristige Kreditgeschäft spezialisiert, doch verbieten ihnen Satzungen und Tradition die Finanzierung von Industrieanlagen. Sie finanzieren vorwiegend den Wohnungsbau, die Gemeinden, die Landwirtschaft sowie das Kleingewerbe und legen ihre Gelder nur ausnahmsweise — wenn das Kreditangebot in diesen Bereichen die Nachfrage übersteigt — entweder indirekt im Wege der Banken oder direkt in kurzfristigen Industriekrediten an. Die bisherigen Erfahrungen mit Industriekrediten legen ihnen eher Zurückhaltung nahe.

Der Bedarf der Industrie an Investitionskrediten wird nach wie vor größtenteils durch ERP-Mittel befriedigt. Da die Auslandshilfe ausgelaufen ist, stehen aus dieser Quelle keine zusätzlichen Mittel, sondern nur Zinsen und Tilgungsquoten von alten Krediten in Höhe von 800 bis 900 Mill. S pro Jahr zur Verfügung. Außerdem können Investitionen über den Kapitalmarkt oder durch kurzfristige Bankkredite finanziert werden. Der Kapitalmarkt steht jedoch grundsätzlich nur großen Unternehmungen offen und wurde bisher nur von den Elektrizitätsgesellschaften beansprucht. Die Finanzierung von

Investitionen mit kurzfristigen Bankkrediten ist riskant, da sich die Unternehmungen nicht darauf verlassen können, daß die Banken die Kredite immer wieder verlängern werden. Nur kleine Projekte, die sich rasch amortisieren, können mit kurzfristigen Mitteln finanziert werden.

Unter diesen Umständen besteht ein ungedeckter Bedarf an langfristigen Krediten vor allem für kleine und mittlere Industrieunternehmungen. Vor einigen Jahren beabsichtigte eine Großbank, Obligationen auszugeben und den Erlös in langfristigen Industriekrediten anzulegen. Dieser Plan ist jedoch nicht realisiert worden. Die eingangs erwähnten neuen Kreditinstitute zielen darauf ab, diese Lücke im Kreditangebot zu schließen.

Die *Österreichische Investitionskredit A. G.*, das ältere und etwas größere Institut, wurde 1957 als Tochtergesellschaft der Österreichischen Kontrollbank gegründet. Sie verdankt ihre Entstehung einer Anleihe der Weltbank an die österreichische Industrie. Es schien zweckmäßig, zur Verteilung der Kredite eine heimische Bank einzuschalten. Das Grundkapital der Investitionsbank wurde Ende 1958 auf 42 Mill. S erhöht. 70% gehören den Banken und 20% verschiedenen Industrieunternehmungen; der Rest entfällt auf Versicherungen, Genossenschaften und Streubesitz. Das Grundkapital soll nicht in Krediten, sondern als eine Art Liquiditätsreserve in börsengängigen Wertpapieren veranlagt werden. Außer dem Eigenkapital stehen 80 Mill. S ERP-Mittel zur Verfügung, die durch eine besondere Klausel den Charakter von Garantiekapital besitzen. Die gesamten haftenden Mittel von 122 Mill. S sollen etwa ein Drittel der Fremdmittel erreichen.

Bilanz der Österreichischen Investitionskredit A. G.

(Stand Ende 1958)

Aktiva	Mill. S	Passiva	Mill. S
Bundesschatzscheine	50	Bankeinlagen inländisch	27
Wertpapiere	27	ausländisch	34
Zwischenbankeinlagen	21	ERP-Garantiekapital	80
Darlehen	61	Grundkapital	42
Ausstehende Einlagen auf Grundkapital	24	Wertberichtigungen und Sonstiges	3
Verlust und Sonstiges	3		
	<hr/>		<hr/>
	186		186

Bisher hat die Investitionskredit A. G. nur aus dem Ausland größere Kredite erhalten. Die Weltbank genehmigte 10 Investitionsvorhaben mit einer Gesamtsumme von 10 1 Mill. \$ (263 Mill. S.) und wird voraussichtlich den Kreditrahmen um 8 bis 10 Mill. \$ erweitern. Das Institut hofft jedoch, dank seiner Unabhängigkeit und seiner reichlichen Ausstattung mit Eigenkapital künftig auch auf dem heimischen Kapitalmarkt Mittel für die Industriefinanzierung aufbringen zu können.

Das Institut vergibt Investitionskredite ab 1 Mill. S. mit längerfristiger Laufzeit. Es vermag damit den Kapitalbedarf von Unternehmungen zu decken, die nicht unmittelbar Zutritt zum Kapitalmarkt haben (die Mindestgröße einer Anleihe auf dem Kapitalmarkt ist 10 bis 20 Mill. S.). Bis Ende 1958 wurden 60 Mill. S. Kredite flüssig gemacht. Die Kreditnachfrage ist ziemlich rege und übersteigt die derzeit verfügbaren Mittel.

Es gehört zu den Grundsätzen der Investitionsbank, die Geschäftsführung der Kreditnehmer nicht direkt zu beeinflussen. Sie kommt damit dem Bedürfnis der Industrie nach möglicher Dispositionsfreiheit entgegen. Viele Unternehmer nehmen nur zögernd neue Bankkredite auf, weil sie einen übermäßigen Einfluß der Kreditgeber auf den Betrieb befürchten. Ein Nachteil für den Kreditnehmer besteht allerdings darin, daß er im Falle von Krediten aus Weltbankanleihen das Währungsrisiko übernehmen muß. Diese Belastung könnte wegfallen, wenn es der Investitionskredit A. G. gelänge, in größerem Umfang inländisches Kapital aufzubringen. Das Institut kann nicht nur Kredite gewähren, sondern auch Aktien und Wandelschuldverschreibungen erwerben. Die Risiken der Kapitalanlagen sollen durch eine ausreichende branchenmäßige Streuung möglichst niedrig gehalten werden.

Die *Österreichische Kommunalkredit A. G.* wurde im Oktober 1958 mit einem Grundkapital von 40 Mill. S. gegründet. Sie nahm Anfang 1959 ihre Geschäftstätigkeit auf. Das Grundkapital ist im Besitz von Banken, Sparkassen, Hypothekenanstalten und Versicherungsgesellschaften. Dem Institut stehen 60 Mill. S. Zwischenbankeinzahlungen von verschiedenen Kreditinstituten und 80 Mill. S. ERP-Mittel, insgesamt also 180 Mill. S. zur Verfügung (Die ERP-Mittel wurden allerdings noch nicht bereitgestellt.)

Das Institut soll vor allem die Industrialisierung von Gemeinden in Entwicklungsgebieten fördern. Viele Gemeinden sind aus eigener Kraft nicht imstande, die notwendigen öffentlichen Einrichtungen

für die Gründung und Entwicklung neuer Industrieunternehmungen zu schaffen. Sie verfügen über verhältnismäßig geringe Einnahmen, weil die überwiegend in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung wenig Steuern zahlt. Die nichtlandwirtschaftlichen Arbeitskräfte sind zum Teil arbeitslos oder tragen als Wanderarbeiter zum Sozialprodukt und zur Steuerkraft anderer Gemeinden oder Bundesländer bei. Andererseits sind die Fürsorgeansprüche in diesen Gemeinden oft sehr hoch.

Die Kommunalkredit A. G. hilft den notleidenden Gemeinden, diesen verhängnisvollen Zirkel zu durchbrechen, indem sie ihnen Kredite für öffentliche Investitionen gewährt, die industrielle Neugründungen erleichtern. Die Gemeinden können mit diesen Krediten den Grund aufschließen, Zufahrtsstraßen und Gleisanschlüsse herstellen, die Energie- und Wasserversorgung sichern und geeignete Industriebauten errichten. Die Kredite haben eine Laufzeit bis zu 20 Jahren und werden mit $5\frac{1}{4}\%$ verzinst. Die Kreditbewilligung erteilt ein Beirat, der aus Vertretern von vier Ministerien und des Städte- sowie des Gemeindebundes besteht. Obwohl die Kommunalkreditbank erst wenige Monate besteht, liegen ihr 30 Kreditansuchen in Höhe von etwa 80 Mill. S. vor. Bisher wurden 4 Kredite bewilligt.

Außer den beiden Investitionsbanken wurde im Frühjahr 1959 eine *Investitions- und Finanzierungs-A. G.* mit einem Aktienkapital von 5 Mill. S. gegründet. Sie gewährt Kredite und vermittelt Kapital für Investitions- und Finanzierungszwecke. An der Gesellschaft ist ausländisches Kapital beteiligt.

Die neuen Investitionsbanken verfügen gegenwärtig über ein Kreditpotential von einer halben Mrd. Schilling. Das ist verhältnismäßig wenig, wenn man bedenkt, daß jährlich etwa 1 Mrd. S. ERP- und SAC-Kredite vergeben und 3 Mrd. S. Anleihen auf dem Kapitalmarkt emittiert werden. Selbst wenn man die gesamten Mittel in einem Jahr einsetzte, würden sie nur 6% der Bruttoinvestitionen von Industrie und Gewerbe decken. Das Verhältnis zum gesamten Stand der aushaftenden kommerziellen und ERP-Kredite an die Industrie beträgt 4%.

Der größte Teil der verfügbaren Mittel stammt aus dem ERP-Fonds (30%) oder von der Weltbank (50%). Im Fall der ERP-Mittel handelt es sich nur um einen anderen Weg, Mittel zu verteilen, die auch sonst für Industrieinvestitionen eingesetzt worden wären. Das künftige Wachstum der neuen Institute und damit ihre volkswirtschaftliche Bedeutung wird weitgehend davon abhängen, ob sie in größerem Umfang heimisches Kapital gewinnen

können Die Ausgabe von Obligationen auf dem heimischen Kapitalmarkt kommt allerdings teurer als die Mittelbeschaffung durch ERP- oder Weltbank-Kredite. Sie wird außerdem dadurch erschwert, daß Industrie- und Bankobligationen im Gegensatz zu Anleihen der Elektrizitätsgesellschaften

und der öffentlichen Körperschaften keine Steuerbegünstigung genießen Kurzfristige Mittel, etwa Kassenobligationen, wären zwar billiger und werden nicht steuerlich diskriminiert Sie können aber aus Liquiditätsrücksichten nur einen Teil des Kreditbedarfes der Institute decken.

Zuspitzung in der Schweinefleischversorgung

Schweinebestand wenig verändert

Am 3. Juni hielt die Landwirtschaft insgesamt 2 51 Mill. Schweine, um 3% weniger als ein Jahr vorher¹⁾. Nur im östlichen Bundesgebiet wurde die Schweinehaltung stärker eingeschränkt (Burgenland -8%, Niederösterreich -5%), weil die vorjährige Ernte an Futtergetreide und Kartoffeln schwächer war und weniger wirtschaftseigene Futtermittel zur Verfügung standen; in den westlichen Ländern hingegen, wo regelmäßig Futter zugekauft wird, hat man sie verstärkt (Tirol +2%, Salzburg +4%, Vorarlberg +7%). *Ferkel* (-0.1%) und *trächtige Tiere* (-0.3%) gab es fast gleich viel wie im Juni 1958, *Jungschweine* (-5%) und *Mastschweine* (-2%) weniger.

Die Bestandszunahme von März bis Juni (+1%) erreichte - ähnlich wie 1958 (+0.2%) - nicht den saisonüblichen Umfang (+6%), weil der Zugang an Ferkeln (+8%) weit unter dem langjährigen Durchschnitt blieb (+19%) und die Zahl der Mastschweine, die sonst leicht steigt (+0.4%), zurückging (-9%). Bis September ist saisonüblich mit einer Zunahme des Schweinebestandes um 12% auf 2 80 Mill. Stück zu rechnen. Selbst wenn diese Steigerungsrate voll erreicht wird, wird der Bestand noch um 2% niedriger sein als im September 1958.

Die Zahl der trächtigen Tiere geht von März bis Juni saisonüblich um 1% zurück. Heuer betrug der Rückgang jedoch 5%, im Jahr vorher 10%. Daß die Landwirtschaft im 1. Halbjahr 1958 und 1959 weniger Sauen belegen ließ, war in erster Linie auf die Propaganda der Kammern zurückzuführen, wonach die Zulassungen im Frühjahr eingeschränkt und im Herbst vermehrt werden sollten, um die jahreszeitlichen Schwankungen des Angebotes von Schweinefleisch zu verringern. Die Ten-

den und der öffentlichen Körperschaften keine Steuerbegünstigung genießen Kurzfristige Mittel, etwa Kassenobligationen, wären zwar billiger und werden nicht steuerlich diskriminiert Sie können aber aus Liquiditätsrücksichten nur einen Teil des Kreditbedarfes der Institute decken.

denz einer verstärkten *Nachzucht von Ferkeln* und damit einer erhöhten Schweinehaltung ist trotz Saisoneinflüssen aber erkennbar. So gab es im Dezember 1958 um 7% und im März 1959 um 5% weniger, im Juni aber fast schon gleich viel trächtige Tiere wie 12 Monate vorher. Der saisonbereinigte Index der Sauenzulassungen (97, Dezember 1954 = 100) war allerdings noch niedriger als 3 bzw. 6 Monate vorher.

Bestand an trächtigen Sauen

	Juni	1958			1959	
		September	Dezember	März	Juni	
1 000 Stück						
Effektiv	143.1	129.4	137.9	150.8	142.6	
Saisonbereinigt ¹⁾	134.4	146.2	142.0	139.8	133.9	
Index (Dezember 1954 = 100)	97	106	103	101	97	

¹⁾ Saisonindex \bar{x} 1950/58

Fester Ferkelmarkt

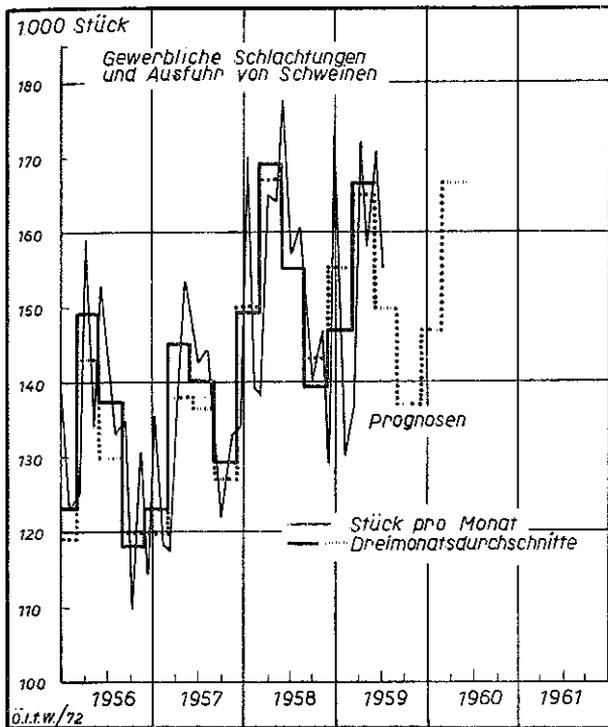
Vor allem aber legen die relativ hohen *Preise für Ferkel* sowie der reichliche Anfall von Futter eine verstärkte Aufzucht von Ferkeln nahe. Ferkel kosteten im I. Quartal um 1%, im II. Quartal und im Juli aber um 17% und 22% mehr als im Vorjahr. Auch die Preise für Schlachtschweine in Wien-St. Marx waren heuer um 3%, 6% und 3% höher. Nicht zuletzt aber wartet sehr *viel Futtergetreide* und teilweise auch Brotgetreide, soweit es durch die übermäßigen Regenfälle auswuchs und nicht mahlfähig ist, auf eine Verwertung über den Tiermagen. Mit einer kräftigen Zunahme der Sauenzulassungen bis September oder Dezember 1959 ist daher zu rechnen. Sie wird das Angebot an Schlachtschweinen im 2. Halbjahr 1960 erhöhen und den Importbedarf verringern.

Das *Aufzuchtergebnis* in den Monaten März, April und Mai - 4.7 Ferkel je trächtige Sau - war dank milder Witterung und geringen Verlusten so gut, daß der Rückgang an trächtigen Tieren wettgemacht wurde. Aus Schlachtung und Be-

¹⁾ Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes; siehe auch Statistische Übersichten 3.8 und 3.9.

Schweineschlachtungen

(Normaler Maßstab; in 1 000 Stück)



Nach der Voraussage des Institutes ist bis Oktober 1959 mit etwas geringeren und nachher mit leicht erhöhten Schweineschlachtungen aus dem Inland zu rechnen als im Jahr vorher. Infolge der kräftig steigenden Nachfrage nach Fleisch ergibt sich ein erhöhter Importbedarf an Fleischschweinen.

standsveränderung ergibt sich ein Zugang von 711 000 Ferkeln, gegen 672 000 und 708 000 in den gleichen Perioden 1958 und 1957. Nach sechs bis acht Monaten — ungefähr ab Oktober 1959 — werden somit wieder geringfügig mehr Schweine schlachtreif sein als ein Jahr vorher.

Ferkelzugang

Zeit	1957		1958		1959	
	Ins-gesamt	Je trächtige Sau	Ins-gesamt	Je trächtige Sau	Ins-gesamt	Je trächtige Sau
Dezember bis Februar ¹⁾	561 5	4 2	666 9	4 5	612 5	4 4
März bis Mai	707 7	4 8	672 0	4 2	710 6	4 7
Juni bis August	807 3	5 4	814 2	5 7		
September bis November	616 1	4 7	501 7	3 9		

¹⁾ Dezember jeweils vom Vorjahr

Mehr Fleisch durch verlängerte Mast

Das Fleisergewerbe hat von März bis Mai 501.000 Schweine¹⁾ aus der Inlandsproduktion geschlachtet, gegen 506.000 im vorigen Jahr (—1%). Die Zahl der Schlachtungen deckte sich mit der

Prognose des Institutes (485.000 bis 505.000). An Schweinefleisch fielen 40 520 t, um 760 t oder 2% mehr an als im Vorjahr.

Daß die Fleischerzeugung trotz rückläufigen Schlachtungen stieg, geht auf höhere Lebendgewichte der Schweine zurück. Im März, April und Mai lag das Durchschnittsgewicht inländischer Schweine in Wien-St. Marx um je 4%, im Juni und Juli um 2% und 3% über dem Vorjahrsniveau. Bei hohen Ferkelpreisen und allgemein günstigen Absatzchancen für Schlachtschweine werden die Mastzeiten in der Landwirtschaft offenbar verlängert und die Tiere auf höhere Endgewichte gefüttert. Als für den Winter 1957/58 und das darauffolgende Frühjahr eine Überfüllung des Marktes und ein Preisverfall drohte, hat die Landwirtschaft entgegengesetzt reagiert: im 1. Halbjahr 1958 wurde ein Teil der Masttiere vorzeitig abgestoßen, die Durchschnittsgewichte sanken um 4%; der Zunahme der Schlachtungen um 16% stand eine Erhöhung der Fleischproduktion um bloß 12% gegenüber. Diese Beispiele zeigen, daß die Schweineproduzenten überwiegend marktkonform disponieren. Sind zu viele Ferkel aufgezogen worden und ist ein Überangebot zu befürchten, dann wird die Fleischproduktion gesenkt, indem die Tiere früher schlachtreif gemacht werden. Sind dagegen die Absatzaussichten günstig und nicht genügend Einstellferkel vorhanden, wird die Fleischproduktion über eine verlängerte Mast erhöht. Durch Regelung der Umsatzgeschwindigkeit läßt sich die von den Sauenzulassungen ausgehende zyklische Schwankung von Angebot und Preis etwas mildern. Eine wichtige Aufgabe fällt hierbei den Prognosen über die Marktentwicklung zu; sie können Richtschnur für das wirtschaftliche Verhalten der Landwirte sein.

Von Juni 1959 bis Mai 1960 werden voraussichtlich 1 80 Mill. Schweine aus der Inlandsproduktion auf den Markt kommen, gegen 1 82 Mill. und 1 76 Mill. Stück in den gleichen Zeiträumen 1958/59 und 1957/58. Bis Oktober 1959 dürfte die Zahl der Schlachtungen geringfügig unter, später wenig über dem Niveau des Vorjahres liegen. Die Schweinefleischproduktion wird sich infolge höherer Lebendgewichte wahrscheinlich leicht heben. Trotzdem wird die Markttendenz fest bleiben und der Importbedarf steigen, da die kaufkräftige Nachfrage nach Schweinefleisch kontinuierlich wächst. Im 2. Halbjahr 1960 wird die Versorgungslage vermutlich günstiger sein, weil bis dahin die Nachzucht aus den verstärkten Sauenzulassungen, mit denen im Herbst 1959 zu rechnen ist, marktreif sein wird.

¹⁾ Einschließlich Ausfuhr von Lebendschweinen

Produktion von Schlachtschweinen¹⁾

Jahr	Dezember bis Februar ²⁾	März bis Mai	Juni bis August	September bis November
1 000 St				
Schlachtungen insgesamt				
1958	1 012	667	535	521
1959	973	680	500-520	520-540
1960	960-980	660-680		
Gewerbliche Schlachtungen				
1958	448	506	465	416
1959	439	501	440-460	400-420
1960	430-450	490-510		

¹⁾ Einschließlich Ausfuhr; Prognosen des Institutes (*kursiv gedruckt*) fußen auf den Ergebnissen der Schweinezählung vom Juni 1959 wobei angenommen wurde, daß sich Sauenzulassungen, Aufzuchtergebnisse und Hausschlachtungen in nächster Zeit nicht stärker verändern. — ²⁾ Dezember jeweils vom Vorjahr

Steigende Nachfrage nach Fleisch verlangt erhöhten Import

Der *Fleischverbrauch* der Nichtselbstversorger nahm im I. und II. Quartal im Vergleich zum Vorjahr trotz Preiserhöhung um 10% und 8% zu. Der Schweinefleischverbrauch stieg nach vorläufigen Berechnungen um 9% und 8%, der Rind- und Kalbfleischverbrauch um insgesamt je 3%. Besonders stark erhöhte sich der Verbrauch von Geflügel und Wild. Kalb- und Rindfleisch wurden zum Teil durch Geflügelfleisch ersetzt, das dank erhöhten Einfuhren relativ billig und ausreichend verfügbar war.

Im Juli spitzte sich die *Versorgung Wiens* mit Schweinefleisch zu, weil ein Teil der Importe aus Bulgarien wegen Verseuchungsgefahr gesperrt werden mußte und Polen, Rumänien und Ungarn ihre Lieferaufträge nur teilweise erfüllen konnten. Da auch aus dem Inland weniger Schlachtschweine als in den Jahren vorher aufgetrieben wurden und der Vorrat an eingefrorenen Schweinen verhältnismäßig gering war, überschritten die durchschnittlichen Großhandelspreise die obere Grenze des Preisbandes (13 50 S je kg).

Wie schon einige Jahre vorher, wurde auf dem Zentralviehmarkt nach Schlachtgewicht verkauft, wobei der Preis, auf Lebendgewicht bezogen, rund 14 50 S je kg betrug. Auch die Sperre der Schlacht-

rinderausfuhr brachte keine Entspannung, da der Futterwuchs infolge feuchter Witterung überaus reichlich war und kein Zwang bestand, Masttiere vorzeitig abzustoßen.

Wie das Institut auf Grund der Schweinezählung vom März¹⁾ voraussagte, werden heuer insgesamt 160.000 bis 180 000 bzw. im 2. Halbjahr monatlich 25 000 bis 30 000 ausländische Schlachtschweine benötigt, wenn die erhöhte kaufkräftige Nachfrage nach Schweinefleisch zu gleichbleibenden Preisen gedeckt werden soll. Diese Prognose bleibt nach dem Ergebnis der Schweinezählung im Juni voll aufrecht. Die Importe werden sämtlich für den Wiener Markt benötigt, da die anderen Bundesländer ihren erhöhten Bedarf vorweg decken und weniger Schweine nach Wien liefern.

Belieferung Wiens mit Schlachtschweinen

Jahr	Dezember bis Februar ¹⁾	März bis Mai	Juni bis August	September bis November
1 000 St				
Aus der Inlandsproduktion ²⁾				
1957	132	174	140	130
1958	170	205	163	127
1959	171 ³⁾	191	120-130	100-110
1960	160-170	180-190		
Aus dem Ausland				
1957	45	9	17	30
1958	5	3	9	61
1959	38 ³⁾	10		

¹⁾ Dezember jeweils vom Vorjahr — ²⁾ Lebend und gestochen, einschließlich Außermarktbezüge; Prognosen *kursiv gedruckt* — ³⁾ 14 Wochen

Ausreichende Einfuhren sind um so dringender, als greifbare Ware in der Umgebung Wiens ebenfalls sehr knapp geworden ist und die Direktkäufe der fleischverarbeitenden Betriebe bei den Produzenten zurückgehen. Der Anteil der Außermarktbezüge an der Belieferung Wiens aus dem Inland ist zwar von 19% im I. Quartal auf 20% und 25% im II. Quartal und Juli gestiegen, absolut haben sich die Direktbezüge aber verringert.

¹⁾ Siehe Monatsberichte, Heft 5, Jg 1959, S 231